



8. Juli 2015

**Anfrage zum Plenum des Herrn Abgeordneten Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)**

Nachdem in der Debatte um die Bedarfsnotwendigkeit der großen Stromtrassen Südlink und Süd-Ost-Passage für die Versorgungssicherheit Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und die Bayerische Staatsregierung bis vor Kurzem die Position vertreten haben, dass sie einem Bau nur zustimmen werden, wenn dieser Bedarf erwiesen sei, und nachdem nun die Bayerische Staatsregierung diesem Bau zugestimmt hat, frage ich die Staatsregierung, welche (neuen) Erkenntnisse hat nun die Bayerische Staatsregierung, um jetzt einen Bedarf zu sehen, bis wann ist mit der Fertigstellung der beiden Stromtrassen in etwa zu rechnen und hält die Bayerische Staatsregierung die immensen Gesamtkosten dieser Trassen, die allein durch die nun geplanten vermehrten Erdverkabelungen um geschätzt elf Milliarden Euro ansteigen, für volkswirtschaftlich sinnvoll vor dem Hintergrund, dass für diesen immensen Finanzbetrag auch Alternativen zu diesen Trassen realisiert werden könnten, um die Stromversorgung Bayerns sicherzustellen?

**Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie**

Am Koalitionstreffen in Berlin wurde deutlich, dass das Bundeswirtschaftsministerium keine Möglichkeit sieht, auf dem europäischen Strommarkt die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen neue bayerische Gaskraftwerke den Bau der beiden HGÜ-Leitungen überflüssig machen würden. Die wichtigen Beschlüsse zur Energieeffizienz, insbesondere zur KWK, erfüllen bedeutsame politische Forderungen, können die bayerische Stromlücke aufgrund der Abschaltung der Kernkraftwerke aber nicht schließen.

Die Vorhabenträger streben im Netzentwicklungsplan 2024 die Inbetriebnahme der beiden HGÜ-Verbindungen bis zum Abschluss des Kernenergieausstiegs in 2022 an. Die Bayerische Staatsregierung geht davon aus, dass infolge der hohen Akzeptanz von Erdverkabelungen der Zeitaufwand für die nun erforderlichen neuen Planungen kompensiert werden kann.

Mit einem einmaligen zusätzlichen Investitionsaufwand von bis zu 11 Milliarden Euro bundesweit werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Energiewende für die nächsten Jahrzehnte geschaffen. Würden alternative Konzepte, wie die Power-to-Gas-Technologie, in einer Größenordnung realisiert, die den Verzicht auf die HGÜ-Verbindungen ermöglichen würde, fielen jährlich Mehrkosten in Milliardenhöhe an.